

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Kahlschlag bei Städtebauförderung verhindern!**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant für das Haushaltsjahr 2011 eine Halbierung der Mittel in der Städtebauförderung. Bremen würde damit jährlich nur noch 1,5 statt 3 Mio. € an Bundesfinanzhilfen für die erfolgreiche Städtebauförderung erhalten. Da diese Mittel zu zwei Dritteln mit Landes- und kommunalen Mitteln gegenfinanziert werden müssen, entsteht Bremen ein Verlust an jährlichen Investitionen in Höhe von 4,5 Mio. €. Zudem löst jeder Euro Städtebauförderung 8 € Folgeinvestitionen Privater aus. Das lokale Handwerk und das Baugewerbe profitieren unmittelbar von diesen Investitionen. Städtebauförderung ist also Arbeitsplatzsicherung vor Ort. Wer hier kürzt, nimmt Arbeitsplatzverluste billigend in Kauf.

Die massiven Kürzungsvorschläge bei der Städtebauförderung sind extrem kurzsichtig. Seit Jahrzehnten werden in Bremen und Bremerhaven die Mittel der Städtebauförderung für die Bekämpfung struktureller und sozialer Probleme eingesetzt.

Weiterhin werden mit Hilfe der vorhandenen Städtebauförderungsmittel lokale Programme wie „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ ergänzt, das ebenfalls mit seinen vielfältigen Projekten Folgen von sozialer Spaltung und Armut in den Stadtteilen entgegenwirkt.

Eine Halbierung der Bundesmittel würde in der nahen Zukunft die Menschen in den Gebieten mit besonderem Förderbedarf unmittelbar betreffen. In besonderem Maße wären Projekte im Bildungs- und Integrationsbereich betroffen, die die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner sind und damit die Lebens- und Wohnqualität in den Quartieren erhöht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene gegen die geplante Kürzung der Städtebauförderung und für die Verstetigung dieser Mittel mindestens auf aktueller Höhe des Jahres 2010 einzusetzen.

Karin Krusche,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD